Heute „Haus Hof Garten" * „Jede Woche Musik"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Moden-Spiegel" mit „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „U.H.", „Haus Hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 RM monatl. exkl. Zustellung. Auslandsabonnement aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 1440—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Nathenower Straße 8; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Hochbahnstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Hennstr. 1; Müllerstr. 135; Bodtstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Lauenzienstr. 2; Kantstraße 34; Schartenstr. 20; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Hohenzollern-Grunewald: Henriettenplatz; Lichterfelde: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carstr. 1/2; Reinickendorf: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 29/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Grüllstr. 7; Weißensee: Sternstr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 68; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 2/3; Chemnitz: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Liegnitz: Bahnhofstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 4/7; Stettin: Mönchenstr. 2.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 249
Ausgabe für Berlin

55. Jahrgang
Sonnabend, 29. Mai 1926

Englands Kampf mit der Weltkohlenkrise.

Britisch-deutsche Kohlenverständigung?

Von (Nachdruck verboten.)

Professor **Dr. Julius Hirsch,** Staatssekretär z. D.

Wir zeigten in einem früheren Artikel, wie sich die Verhältnisse im englischen Bergbau zugespitzt haben. In der Zeit des Kohlenmangels blieb man dort in den Fortschritten der Technik zurück (mit Ausnahme eines, worin wir langsamer waren, nämlich des mechanischen Kohlenhackens, oder genauer: Kohlenschneidens). Als dann der Weltmarkt die Kohlen nicht mehr aufnahm, sah man diese Stockung als vorübergehend an und versuchte es mit Staatszuschüssen. Deren Frist ist abgelaufen; so kämpfen nun Unternehmer und Arbeitnehmer um die Frage, wer die Last des Preisrückganges am Welt- und Binnenmarkt künftig tragen soll. Da erhebt sich die für alle Beteiligten enorm wichtige Frage: Welches sind die allgemeinen Ursachen der Weltkohlenkrise, welches ist ihr Ausmaß? Und welches sind die besonderen Erschwerungen der englischen Lage? Eine Klarstellung hierüber ist in Deutschland auch um deswillen wichtig, weil einige Publizisten schon die „Entthronung der Kohle" und ähnliches sehen. Vorgänge, von denen selbst bei der für die Kohle ungünstigsten Entwicklung keine Rede sein kann. Zunächst die allgemeinen Ursachen:

Erstens: Das Vordringen des Petroleums als Brenn- und Kraftstoff. Eine Berechnung des Sowjetjahrbuchs zeigte schon vor zwei Jahren, daß das Erdöl ungefähr 11 Prozent der verbrauchten Kohle zusätzlich an Energie im Weltverbrauch darstelle. Es ist teurer als Kohle, aber mit zwei Drittelstonnen Erdöl kann man die gleiche Wärme erzeugen wie mit einer Tonne bester Schiffskohle. Obendrein brauchen diese zwei Drittelstonnen Oel noch weniger Lagerraum als zwei Drittelstonnen Kohle, und schließlich läßt sich in all den Fällen, in denen es auf Schnelligkeit der Fahrt ankommt, so vor allem auf den Kriegsschiffen, diese höchste Schnelligkeit nur mit Oel-, vor allem Diesel-Motoren erzielen. Folglich wird gerade vom wichtigsten Teil der englischen Kohlenausfuhr, nämlich der Kohle, die über die Weltmeere geht, ein vorerst noch immer wachsender Teil weggenommen.

Zweite große Ursache der Weltkohlenkrise: Der Stillstand im Eisenverbrauch der Welt. Im „eisernen Zeitalter" seit 1800 bis zum „Stahlbad des Weltkrieges" wuchs der Eisenverbrauch der Menschheit von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mindestens um 40 Prozent. Nur das letzte Jahrzehnt zeigt Stillstand: die Eisenbahnen verlängern ihre Schienenlängen kaum mehr, und auch die britische Eisenindustrie hat für den eigenen Verbrauch etwa 11 Prozent Koks für dieselbe Eisenmenge wie 1913 sparen gelernt. Dazu überhaupt die allgemeine Sparwirtschaft bei der Kohle. Fünf Jahre Kohlennot nach dem Weltkriege haben die Völker nicht nur beten, sondern sparen gelehrt. Das gilt für alle Völker, am meisten für uns. Mit Staunen und mit nicht vollem Verständnis hört der Engländer von den Leistungen, die unsere Braunkohlenindustrie in der Zeit der Not vollbracht und teilweise selbst in die Zeit des Kohlenüberflusses zu retten verstanden hat. Die Ersparnisse, die Deutschland durch die bessere Nutzung der Heizkraft gemacht hat, schätzt der englische Kohlenbericht auf etwa 10 Prozent. Eine weitere Form der Kohlensparwirtschaft ist die Elektrifizierung der Kraft. Weniger im Gesamtausmaße noch die Nutzung der Wasserkräfte. Immerhin hat auch diese so erhebliche Fortschritte gemacht, daß Englands Kohlenausfuhr nach Frankreich, Italien, der Schweiz davon fühlbar getroffen wurde.

Das sind die wichtigsten allgemeinen Ursachen der Weltkohlenkrise. Unter ihnen leiden alle. Nun die besonderen Englands:

Eine nennt der amtliche Kohlenbericht nicht. Vermutlich, weil J. M. Kehnes sie seiner Nation gar häufig und nachdrücklich vorhält: Die schnelle Rückkehr zum Goldstandard. Im Herbst 1924 war das englische Pfund gegenüber dem Golde noch um etwa 15 Prozent entwertet. Binnen neun Monaten hob man es auf den alten Goldwert. Englands Preise sanken daraufhin in Pfund Sterling etwas, die Löhne kaum; der Kohlenpreis, in dem Löhne der Hauptbestandteil sind, blieb zunächst in Pfund Sterling derselbe. Da aber das Pfund Sterling um 15 Prozent teurer geworden war, so wurde für den Ausländer jedes Kilo englischer Kohle von 1924 auf 1925 um 15 Prozent teurer. Wahrscheinlich mußte England diesen Schritt zum Golde tun. Die Folge bei der Kohle war aber dann unvermeidlich.

Ebenso die nächste: Die Reparationskohle. Wir sollen Reparationen leisten; Sachleistungen sind der sicherste „Transfer". Wenn der sonstige Transfer unsicher ist, warum sollten Frankreich oder Italien dann in England mit gutem Golde bezahlen, was sie bei uns gegen Papiergutschrift beziehen können? Diesen Punkt unterschätzt der englische Kommissionsbericht ganz offenbar und meint tröstend dabei: Aus Deutschland werde man an Reparationen nie viel mehr herausholen als jetzt. (Halbamtlich S. 152!) Vermutlich richtig; aber dann werden sich die andern um so eher an Kohle „befriedigen". Für jede Tonne aber, die Deutschland anstatt Englands als Reparation zusätzlich liefert, muß ein englischer Bergmann feiern und umsonst bezahlt werden: Logik des Zwangstransfer!

Dritte Ursache der englischen Schwierigkeiten: Der Lohn von 1921, aus der Zeit der Kohlennot und der Pfund-Sterling-Entwertung, kann nur mit 2½ Mark Staatszuschuß die Tonne künstlich gehalten werden; sonst kommen 73 Prozent der Bergbauunternehmungen ins Defizit. Darüber täuschten noch erst die Mehrbeschäftigung wegen Deutschlands Lähmung im Ruhrkampf, dann ein Streik amerikanischer Bergarbeiter. Friede und Arbeit in den anderen Bergbaurevieren der Welt brachte später, aber um so schärfer Arbeitsnot und Kampf im britischen Bergbau. Der aber wird besonders schwer, weil Großbritannien die natürlichen Vorzüge seines Bergbaus nicht voll nutzt, sein Naturreichtum ihm deshalb stellenweise sogar zum Schaden wird. Die viel schwerere Förderung, auch weit mehr ungleiche Güte der Kohle an der Ruhr hatte zur Folge, daß die sogenannte „Aufbereitung", das Sieben, Sortieren, Waschen usw. bei uns eigentlich selbstverständlich ist. Drüben keineswegs! Noch weniger der nächste, weit mehr bedeutsame Fortschritt, den wir schließlich dem Ruhrsyndikat verdanken: Die genaue chemische Kohlenuntersuchung und -verteilung nach Heizkraft, Gasgehalt, Benutzbarkeit für Nebenprodukte und jeglichen sonstigen Verwendungszweck. Weit weniger als bei uns hat man sich drüben auf die Gewinnung der wertvollen Nebenprodukte der Kohle eingestellt: Ammoniak, Teer, Benzol, Gas. Viel eher und in ganz anderen Dimensionen hat sich bei uns darauf die chemische Großindustrie aufgebaut. Auch mit weittragenden Folgen für die Wettbewerbskraft der deutschen Kohle selbst: Bei einer recht bedeutenden Zahl deutscher Bergwerke brachte schon vor dem Weltkriege der unmittelbare Kohlenbergbau geradezu Verlust; den Gewinn brachten vielfach die Nebenprodukte. Da aber drüben diese Nebenbetriebe noch sehr viel weniger umfangreich sind, fehlen dem englischen Unternehmer die hier möglichen Gewinne, und solange der Klein- und Individualbetrieb die jetzige Bedeutung hat, wird man damit schwerlich viel weiter kommen. Der Ruhrbergbau hat aus seiner Not die wirtschaftliche Gestaltungskraft entwickelt.

Bessere Flöze als bei uns, weit bessere Qualität, ungemein günstige Transportlage — und doch Wettbewerbsschwierigkeit, auch mit uns, offenbar sogar in wachsendem Ausmaße! Jeder irgendwie beteiligte Brite fragt: Woher das? Noch weit nachdrücklicher: Wie das zu ändern?

Die tiefste Ursache bei einer wirtschaftlich so lange geschulten Nation liegt doch in den Eigentumsverhältnissen und daneben erst in der Individualwirtschaft, deutlicher: im fehlenden Zusammenschluß! Das Ruhrrevier fördert etwa die halbe Kohlenmenge wie ganz Großbritannien. Es hat formell 131 Unternehmungen, von denen aber — abgesehen vom engeren Zusammenschluß im Syndikat — die meisten in der Hand weniger Gruppen sind. Fast 80 Prozent der Kohlenförderung des Ruhrgebietes werden praktisch von zwölf Firmen beherrscht. Großbritannien hat mindestens 1500 Unternehmer, die etwa 2800 Gruben betreiben (und noch manche Grube soll in Schottland in Streikzeiten von Bergarbeitern „schwarz" betrieben werden). Diese 2800 Gruben haben an etwa 5000 Bodenbesitzer Pacht zu zahlen. Diese Extrapacht belastet die Tonne Kohle allein im Durchschnitt mit 3 bis 4 Prozent des Gesamtpreises (etwa 50 bis 80 Pfennige). Um so viel muß der britische Bergwerksbesitzer mehr für seine Landbesitzer herauswirtschaften. Schlimmer noch: Dieses Kleineigentum verhindert vielfach den Großbetrieb. Wir sahen auch Fälle, in denen der Bodenbesitz die Anlage von Nebenproduktbetrieben unmöglich machte. So zeigt der britische Bergbau das Bild, daß der Durchschnittsverkaufspreis für die Tonne an der Grube im Jahre 1925 bei nicht ganz 19 Mark lag, die Unkosten auf die Tonne aber bei Förderung von

jährlich weniger als 5000 Tonnen (also weniger als etwa 18 Mann Belegschaft)	über 32,— Mark
„ 600 000 bis 800 000 Tonnen (also 200 bis 400 Mann Belegschaft)	etwa 17,80 „
„ über 2 Millionen Tonnen (über 6500 Mann Belegschaft)	„ 17,11 „

Das Bild verbessert sich aber noch bedeutend, je mehr Nebenprodukte und Kombination mit Eisenherstellung dazu tritt. Beides leistet nur der größte Betrieb, manches nur der Zusammenschluß der Betriebe, wie ihn in Deutschland die Not erzwang.

Was will und kann England nun tun, um aus seiner Kohlennot wieder eine Kraftquelle für seine Wirtschaft zu gestalten?

Kein Veto Brasiliens gegen Deutschland.

Der Eintritt in den Völkerbund gesichert?

Offizielle Erklärungen des brasilianischen Delegierten Montarrayos. — Brasilien verzichtet auf einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat. — Was wird Spanien tun?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 28. Mai.

Der Korrespondent des „Temps" in Genf hat erfahren, daß **Brasilien sein Veto gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht mehr geltend zu machen gedenkt.** Der Korrespondent erinnert an die Erklärung des brasilianischen Delegierten Montarroyos in der letzten Sitzung der Studienkommission, die große Aufmerksamkeit erregte. Montarroyos wandte sich direkt an den deutschen Delegierten, Botschafter v. Hoesch, und sagte ihm, daß Brasilien alles tun werde, um den Beitritt Deutschlands zum Bunde zu erreichen. Der Korrespondent des „Temps" fährt fort: „Am gleichen Tage hatte Herr v. Hoesch mit Herrn de Mello Franco eine Unterredung, in deren Verlauf **Herr de Mello Franco dem deutschen Delegierten erklärte, daß Brasilien nicht die Absicht habe, bei der nächsten Tagung des Völkerbundes von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen.** Die Erklärung de Mello Francos war natürlich von der Entscheidung des Präsidenten der Republik Brasilien abhängig. Wir haben Grund zu der Annahme, daß in einer Unterredung, die Graf Bernstorff mit Herrn de Mello Franco gehabt hat, die früheren Erklärungen bestätigt worden sind. **Brasilien wird auf einen ständigen Sitz im Rat verzichten** und sich dem von der Studienkommission angenommenen Vorschlag Lord Robert Cecils anschließen."

Soweit der Bericht des „Temps", dessen Inhalt bis auf eine Namensverwechslung zutreffend ist: nicht Herr de Mello Franco hat mit dem Botschafter v. Hoesch in Genf gesprochen, sondern der Delegierte Brasiliens, Montarroyos, erschien noch am Tage der Abreise des Botschafters im Hotel „Métropole" und teilte ihm die versöhnlichen Absichten der brasilianischen Regierung mit. Montarroyos wünschte noch einen weiteren Beweis für die friedliche Gesinnung Brasiliens gegenüber Deutschland zu geben und bestand darauf, sich persönlich auf dem Bahnhof von Herrn v. Hoesch zu verabschieden. Er legte Wert darauf, öffentlich zu zeigen, daß Brasilien die besten Beziehungen mit Deutschland wünscht, und daß jetzt jedes Mißverständnis beseitigt sei. Wenn Herr de Mello Franco diese Tatsache auch dem Grafen Bernstorff gegenüber bestätigt hat, so ist das eine erfreuliche Wiederholung der früheren Erklärungen.

Der Korrespondent des „Temps" glaubt, daß durch verschiedene Regierungen mit Spanien direkte Verhandlungen eingeleitet worden sind, um auch die spanische Regierung zur Annahme der Vorschläge Lord Cecils zu bewegen. Ueber diese Bemühungen ist hier bereits berichtet worden. Der „Temps" glaubt, daß im September die Reorganisation des Rates in der von der Studienkommission vorgeschlagenen Weise erfolgen wird. Der Rat werde aus 14 Mitgliedern bestehen, fünf ständigen und neun wählbaren. Die ständigen Sitze erhalten: Deutschland, Frankreich, England, Italien und Japan. Von den wählbaren Mitgliedern seien drei durch eine Zweidrittelmehrheit der Völkerbundsversammlung nach dem Ablauf der dreijährigen Periode wieder wählbar, was eine Art von Ständigkeit garantiere. Diese drei Sitze würden Spanien, Brasilien und Polen erhalten. Von den anderen sechs würden noch zwei für südamerikanische Staaten reserviert bleiben, so daß für eine gewisse Zeit Südamerika über drei Sitze im Rate verfügen würde.

 # Genf, 28. Mai.

Morgen vormittag reisen die deutschen Delegierten bei der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz, Botschafter a. D. Graf Bernstorff, Geheimrat v. Bülow und Gesandtschaftsrat Bolte, nach Berlin ab; die militärischen und Marinesachverständigen der Delegation bleiben hier, um an den einige Wochen dauernden Arbeiten des militärischen Unterkomitees teilzunehmen. Graf Bernstorff empfing heute abend die deutschen Pressevertreter und sprach sich wie folgt aus: Entscheidungen seien weder zu erwarten gewesen, noch habe man sie erhofft. Die Kommission habe ja lediglich die Aufgabe gehabt, das Programm einer, Abrüstungskonferenz vorzubereiten. Das sei geschehen. Es sei ein Anfang gemacht, und man müsse abwarten, wie auf dieser Grundlage, aufgebaut werde. Die Arbeiten seien nicht abgebrochen oder unterbrochen worden, sondern von der Kommission auf das militärische Unterkomitee übergegangen. Was die Stellung Deutschlands betreffe, so habe die deutsche Regierung auch mit Bezug auf die Arbeiten dieser Kommission keine andere Politik im Auge haben können als die von ihr vertretene Friedenspolitik.